

Mehr bezahlbarer Wohnraum auch für Flüchtlinge

Die wachsende Zahl von Flüchtlingen aus der Ukraine erhöht in den Augen der Flörsheimer Sozialdemokraten den ohnehin schon großen Druck, insbesondere beim bezahlbaren Wohnraum. Davon sei ganz besonders Flörsheim betroffen, weil hier beim Wohnungsbau schon seit Jahren Stillstand herrsche. Die bisher vorliegenden Absichten der CDU/Galf-Koalition sähen in den nächsten 10 Jahren kein wesentliches Wachstum beim Wohnungsbau vor. Die Zahl der Sozialwohnungen werde in diesem Zeitraum sogar abnehmen.

„Da gibt es wohlfeile Erklärungen zu den ukrainischen Flüchtlingen und sogar ein Willkommensfest. Aber wie so oft in der Flörsheimer Kommunalpolitik folgen keine Taten. Es bleibt bei Ankündigungen und symbolischen Handlungen. Noch schlimmer: Zur gleichen Zeit legen der Bürgermeister und die erste Stadträtin Papiere zur Umsetzung des insbesondere von Vertretern des dfB geforderten sogenannten Einheimischen-Modells vor, wonach die zukünftige Stadtentwicklung im Wesentlichen auf die Einheimischen beschränkt werden soll. Da passt mittlerweile nichts mehr zusammen“, heißt es in einer Pressemitteilung der SPD.

Am Dienstag hatte die schwarz-grüne hessische Landesregierung wegen des – auch aufgrund der Flüchtlingszahlen – immer weiter steigenden Bedarfs insbesondere an bezahlbarem Wohnraum angekündigt, das Baurecht zu vereinfachen und die Mittel für den geförderten Wohnungsbau deutlich zu steigern. „Damit dies auch zu mehr bezahlbarem Wohnraum in Flörsheim führt, muss die hiesige schwarz-grüne Mehrheit ihrer Landesregierung folgen und endlich den Bau von mehr Wohnungen zulassen und fördern“, so die SPD.

Die SPD-Fraktion will weiter versuchen, im Rahmen der laufenden Beratungen zur Umsetzung des Stadtentwicklungskonzepts für die nächsten Jahre mehr Wohnraum, insbesondere aber bezahlbaren Wohnraum durchzusetzen und zwar für Flüchtlinge, Einheimische und Wohnungssuchende im Allgemeinen.